

So bald fahren die Bagger nicht auf

Zum zweiten Mal innert eines guten Jahres spricht sich die Stimmbevölkerung von Domat/Ems für eine neue Verbindungsstrasse im Südosten aus. Trotzdem hat das Projekt noch einige Hürden zu nehmen.

von Olivier Berger

Zum zweiten Mal wurde in Domat/Ems über eine Verbindungsstrasse zwischen Via Sid und Via Musel abgestimmt, und zum zweiten Mal wurde es denkbar knapp. Am 27. November 2022 hatten die Stimmberechtigten eine Volksinitiative für den Bau der sogenannten Verbindung Süd-Ost mit 1267:1168 Stimmen angenommen. Am Sonntag nun sagten sie auch Ja zu einem Objektkredit über 2,4 Millionen Franken für das gut 500 Meter lange Strassenstück – mit 1243:1180 Stimmen.

Carmen Häfner, im Jahr 2022 schon Mitglied des Initiativkomitees und auch diesmal auf der Befürworterseite, sprach am Sonntag auf Anfrage von einem «Freudentag». Sie sei immer von einem knappen Resultat ausgegangen, «umso grösser ist jetzt die Freude, dass es ein Ja gegeben hat». Dafür sei sie der Stimmbevölkerung von Domat/Ems dankbar, auch weil sich die Mehrheit «nicht nur für die Strasse ausgesprochen hat, sondern auch für Solidarität und Demokratie».

Es ging um mehr als Geld

Tatsächlich hatten im Vorfeld der Abstimmung von Sonntag weniger die 2,4 Million Franken für die Verbindungsstrasse die Wogen hochgehen lassen. Kritisiert wurde vielmehr das Verhalten der Emser Behörden. Diese hatten sich im November 2022 bereits gegen die Volksinitiative starkgemacht, und auch diesmal sprachen sich Gemeinderat und Gemeindevorstand für ein Nein aus. Das brachte ihnen von der Befürworterseite unter anderem den Vorwurf ein, den demokratischen Entscheid aus der ersten Abstimmung nicht zu respektieren (Ausgabe vom Donnerstag).

Gemeindepräsident Erich Kohler verwies am Sonntag auf die hohe Abstimmungsbeteiligung von fast 50 Prozent. «Das ist ein gutes Zeichen für die Gemeinde und die direkte Demokratie.» Beide Seiten hätten im Vorfeld



Da soll sie hin: Die rot eingezeichnete neue Verbindungsstrasse soll im Südosten von Domat/Ems für Verkehrsentlastung sorgen.

Bild Olivia Aebli-Item

«Das ist ein gutes Zeichen für die Gemeinde und die direkte Demokratie.»

Erich Kohler
Gemeindepräsident Domat/Ems

«sehr gut mobilisiert», sagte Kohler. «Und Gratulationen an das Initiativkomitee für den gewonnenen Abstimmungskampf.» Domat/Ems habe einen «langen, intensiven und divergenten Abstimmungskampf» hinter sich. «Jetzt hat das Stimmvolk entschieden.»

Einen Zeitplan gibt es noch nicht

Befürworterin Häfner erwartet von den Gemeindebehörden, «dass sich jetzt nach dem zweiten Ja zur Strasse möglichst bald etwas tut». Laut Gemeindepräsident Kohler werden die nächsten

Schritte jetzt tatsächlich rasch angegangen. «Wir werden jetzt das notwendige Verfahren für Bauen ausserhalb der Bauzone einleiten und ein Ausführungsprojekt erarbeiten lassen», erklärte er am Sonntag. Das sogenannte BAB-Verfahren sei deshalb notwendig, weil die Strasse in der Landwirtschaftszone liege.

Kohler wies darauf hin, dass noch einige Hürden zu meistern seien, bevor die Verbindung Süd-Ost tatsächlich gebaut werden könne. «Damit der Kanton im BAB-Verfahren den Bau der Strasse bewilligt, müssen wir ihm be-

weisen, dass für diese tatsächlich ein Bedarf nachgewiesen ist.» Diskussionen könne es zudem mit den Besitzerinnen und Besitzern geben, die für die Verbindung Land abtreten müssen. «Einige haben schon im Vorfeld der Abstimmung signalisiert, dass sie dazu nicht bereit sind – jedenfalls nicht zum aktuellen Preis.»

Weil gegen das Bauprojekt auch noch Einsprachen und Gerichtsverfahren möglich sind, wollte sich der Gemeindepräsident am Sonntag nicht auf einen Zeitplan für den Bau der Strasse festlegen.

Regierung sieht kaum Luft nach oben

Grossrätin Sandra Maissen ortet im Zusammenhang mit der Beschaffungskriminalität in Chur Optimierungspotenzial bei der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Die Bündner Regierung winkt ab.

von Patrick Kuoni

Die Beschaffungskriminalität, die in Chur zu grossen Teilen von der Drogenszene ausgeht, beschäftigt auch die kantonale Politik. In der Vergangenheit gingen mehrere Vorstösse zum Thema ein. Der aktuellste stammt von der Churer Mitte-Stadträtin Sandra Maissen. Sie setzt etwa bei den Schnellverfahren an – analog zum Kanton St. Gallen, wo diese zum Beispiel bei Fussballhooligans zur Anwendung kommen. «Wenn klar ist, dass jemand das Delikt begangen hat, so könnte in diesem Fall subito eine Verurteilung mit einem Strafbefehl erfolgen», erklärte dazu der Präsident des Polizeiverbands Graubünden, Reto Cramer, gegenüber dieser Redaktion das Prinzip. Das Ziel dieser Schnellverfahren ist gemäss dem Anwalt und Mitte-Co-Fraktionspräsident, dass die Freiheitsstrafen schneller unbedingt ausgesprochen werden.

Die Regierung hält dazu fest: «Im Gegensatz zum Kanton Zürich besteht keine gesetzliche Grundlage, dass die Regierung gegenüber der

Staatsanwaltschaft Schwerpunkte in der Strafverfolgung setzen kann.» Die Weisungsbefugnis beschränke sich auf administrative Belange. «Die Regierung kann der Staatsanwaltschaft im Einzelfall keine Weisungen erteilen. Auch eine Weisung an die Staatsanwaltschaft, dass sie Schnell-

verfahren einführt, fällt deswegen ausser Betracht.»

Aber: «Die Staatsanwaltschaft hat sich dazu bereit erklärt, in Absprache mit dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und der Kantonspolizei über eine Priorisierung und Schwerpunktbildung zu diskutie-

ren und solche Massnahmen überall dort umzusetzen, wo es zu einer Effizienzsteigerung führt.» Und: «Die Staatsanwaltschaft und die Kantonspolizei greifen zur Reduktion des administrativen Aufwands und des Datenvolumens bereits auf gemeinsame Daten zu und intensivieren die Zusammenarbeit in definierten Fachbereichen.»

Spielraum wird durchaus genutzt

Maissen wollte in ihrer Anfrage auch wissen, welches Potenzial zur Optimierung der Zusammenarbeit mit der Strafverfolgungsbehörde besteht. Und sie hielt fest: «Es entsteht der Eindruck, dass sogenannte «einfache Sachverhalte» und die Klärung des Gerichtsstandes zu aufwendigeren Verfahren führen oder die Zuständigkeit möglichst andernorts begründet wird.» Dies sei für die Staatsanwaltschaft nicht nur zeit- und ressourcenaufwendig, sondern verlangsamt auch die Fallbearbeitung. «Derweil fühlt sich die Bevölkerung verunsichert und kann nicht verstehen, dass Dutzende

von Delikten notwendig sind, bis etwas geschieht.»

Die Regierung antwortet darauf: «Die Staatsanwaltschaft nutzt bereits heute ihren Spielraum mit den vorhandenen Ressourcen sowohl in tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht voll aus.» Die Staatsanwaltschaft überprüfe ihre Fallbearbeitung fortwährend und suche stets nach noch effizienteren Abläufen, «um den staatlichen Strafanspruch bestmöglich zu erfüllen».

«Die Bevölkerung kann nicht verstehen, dass Dutzende von Delikten notwendig sind, bis etwas geschieht.»

Sandra Maissen
Grossrätin (Die Mitte, Chur)



Lösungen gesucht: Im Churer Stadtpark trifft sich die offene Drogenszene. Diese sorgt mit Diebstählen und Einbrüchen für viel Unmut.

Bild Mayk Wendt